



INHALT:

Seite 1: Sexuelle Vielfalt im Bildungsplan • Seite 2: Peter und der Wolf • Seite 3: Wir reden vom Wetter • Wind säen und Strom ernten • Seite 4: NSU- wie genau wollen wir hinschauen? • Seite 5: Praktikumsbericht • Seite 6: Termine

EDITORIAL

Liebe Freund_innen,

Ohne lange Vorrede, mit ein wenig unvorhergesehener Verzögerung durch Krankheit und der dann folgenden Osterzeit: Der neue MdL-Rundbrief. Mit dem ganz aktuellen Hinweis darauf dass innerhalb der CDU-Fraktion offenbar (wieder) über einen NSU-Untersuchungsausschuss diskutiert wird. Welche Haken und Ösen bei der CDU allerdings in dieser Frage noch eine Rolle spielen - das werden wir in den nächsten Tagen sehen.

Viele Abrisses aus Stuttgart und Tübingen,

Daniel, Nele und Jan



Bild: Teilnehmer_innen der Besuchsfahrt zum Landtag im März

Sexuelle Vielfalt im Bildungsplan

Neu eingeordnet, nicht revidiert

Schüler sollen nicht nur die Achtung vor Menschen mit verschiedenen sexuellen Orientierungen lernen, sondern auch gegenüber unterschiedlichen Nationalitäten, Ethnien, Religionen oder Kulturen sensibilisiert werden. Mit dieser Ankündigung von Ministerpräsident Kretschmann und Kultusminister Stoch, die von beiden Regierungsfraktionen unterstützt wird, soll das Thema „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ neu eingeordnet werden.

In der Sache und vor allem in der zugrundeliegenden Haltung ändert sich nichts – aber auf diese Weise lässt sich endlich ein Schlusspunkt unter die absurde Debatte um die neuen Bildungspläne der Landesregierung setzen.

Mit dem abstrusen Vorwurf, dass Kinder zu Homosexualität erzogen werden sollten, hatten in erster Linie konservativ-religiöse und homophobe Gruppierungen gegen den Bildungsplan Stimmung gemacht – mit unverblümter Unterstützung durch Teile der CDU und durch solch liberale Politiker wie den FDP-Fraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Rülke. Einigen dürfte es dabei kaum um das Thema „Sexuelle Vielfalt“ gegangen sein, sondern um eine generelle Ablehnung grün-roter Bildungspolitik.

Peter und der Wolf

CDU im Landtag: CDU läuft auf Entscheidung zwischen Thomas Strobl und Guido Wolf zu

Seit Monaten schwelt in der CDU die Führungsfrage: Wer soll die CDU in die nächste Landtagswahl führen? Durch die turnusgemäß anstehende Wahl der Fraktionsspitze Anfang April hatte sich die Frage zugespitzt. Doch dann war alles bereits vorbei: Peter Hauk und Guido Wolf haben eine fragile vorläufige Übereinkunft gefunden, die nach Auskunft der Beteiligten so lautet: Guido Wolf tritt nicht gegen Amtsinhaber Peter Hauk bei der Wahl zum Fraktionsvorsitz an, dafür tritt Peter Hauk nicht bei der Urwahl zum Spitzenkandidaten an, wenn Thomas Strobl gegen Guido Wolf antritt.

Peter Hauk hat sich damit auch die Wiederwahl an der Fraktionsspitze gesichert: Vergangene Woche wurde er mit einem schwachen Ergebnis an der Fraktionsspitze bestätigt, allerdings hat die 60-köpfige CDU-Fraktion fast ihre gesamte Führungsriege mit schlechten Ergebnissen abgestraft, teilweise mit nur 31 Ja-Stimmen. Besonders hart traf es die als besonders Mappus-nah geltenden Abgeordneten Schebesta und Mack, die auch schon ihre Mitgliedschaft im EnBW-Untersuchungsausschuss wegen der Weitergabe von Informationen an Stefan Mappus niederlegen mussten.

Wir nehmen jedenfalls mit Erstaunen zur Kenntnis, dass Teile der CDU es mit völliger Selbstverständlichkeit aufnehmen, dass der amtierende Landtagspräsident Wolf das Amt für den innerparteiliche Wahlkampf nutzt; den präsidialen Auftritt übt er schon eine ganze Weile ein – bleibt die Frage, wofür Guido Wolff eigentlich politisch steht?

In Interviews hat er schon sein Interesse an einer schwarz-grünen Option angerissen – abgesehen davon, dass die grüne Landtagsfraktion es vorzieht, Grün-Rot unter einem Ministerpräsidenten Kretschmann zu regieren, sagt das allerdings wenig aus. Sein Kontrahent Thomas Strobl hat dies schon vor einiger Zeit verkündet und Peter Hauk hat uns im Oktober vergangenen Jahres mit Koalitionsangeboten geradezu bedrängt, um dann Anfang dieses Jahres die Grünen plötzlich als Bevormunder und Gesinnungsterroristen zu schmähen. Mit den harten Sprüchen hat er sich dann auch selbst endgültig aus dem Rennen um die Spitzenkandidatur genommen.

Thomas Strobl allerdings musste sich etwas einfallen lassen, sonst brauchte er zum Mitgliedsentscheid gar nicht erst anzutreten, denn sein Kontrahent Guido Wolf wird dann sicher nicht nur den CDU-Fraktionsvorsitz, sondern auch den CDU-Landesvorsitz einfordern. Thomas Strobl hat auch reagiert und die Karlsruher Landtagsabgeordnete Kathrin Schütz als neue Generalsekretärin der Landes-CDU berufen, ganz im Sinne seiner „Frauen im Focus“-Kampagne. Wir sind gespannt, wie es weitergeht.

Allerdings bedeutet das auch für Grün-Rot einen Weckruf. Je geringer die Rolle, die Peter Hauk spielt, desto mehr wird die CDU versuchen sich an einer Alternative aufzurichten und die tiefen inneren Gräben zu überwinden. Für die Regierungsfaktionen und die Landesregierung bedeutet das aber, dass die Zeit der Fehler und des Hin und Hers endlich überwunden werden muss: Vor allem in der Bildungspolitik müssen die klare Linie und auch die Erfolge des Reformprozesses deutlich herausgearbeitet werden, damit 2016 wieder ein Erfolg werden kann.

Wir reden vom Wetter

Baden-Württemberg ist Vorreiter beim Klimaschutz: Wie man als Landesregierung wirksam beim Klimaschutz handeln kann.

Klimaschutz spielt in der aktuellen politischen Debatte kaum eine Rolle – dabei beeinflusst er unser Leben schon jetzt sehr viel stärker, als wir auf den ersten Blick wahrnehmen: Ganz aktuell ist der Schönbuch als Waldgebiet des Jahres ausgezeichnet worden, der zweite Winter ohne Bodenfrost hat aber deutliche und sichtbare Spuren im Wald hinterlassen und auch die Zusammensetzung des Waldes wird sich unter den verändernden klimatischen Bedingungen neu austarieren. Als zweites Bundesland nach Nordrhein-Westfalen hat Baden-Württemberg seit Juli 2013 ein Klimaschutzgesetz verabschiedet. Neben konkreten CO₂-Minderungszielen erhält der Klimaschutz bei Genehmigungsverfahren künftig den gleichen Rechtsstatus wie die Schutzgüter Bodenschutz, Naturschutz und Lärmschutz. Das Herzstück des Klimaschutzgesetzes ist ein landesweites Energie- und Klimaschutzkonzept, das aus über 100 Einzelmaßnahmen aus den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft besteht.

Beispielsweise haben wir eine Sanierungsoffensive in den Landesgebäuden gestartet. In den Jahren 2012 bis 2014 fließen rund 180 Millionen Euro in energetische Sanierungen. Das Umweltministerium erarbeitet derzeit eine Gesetzesnovelle für das Erneuerbare-Wärmegesetz, es soll mehr Sanierungsanreize für Private schaffen. Ein konkretes Beispiel ist auch die Pumpenaustauschkampagne des Landes. Das Land hat unter dem Motto „Meine Sparpumpe. Jetzt tauschen!“ eine Kampagne zum Heizungspumpentausch gestartet. Alte Heizungspumpen sind oft der mit Abstand größte Stromverbraucher im Haus. Sie können mehr Strom verbrauchen als Kühlschrank und Waschmaschine zusammen. Bei einmaligen Kosten von 350 bis 450 Euro inklusive Montage und jährlichen Einsparungen bis zu 150 Euro lohnt sich ein Pumpentausch meist schon nach zwei Jahren. (Weitere Informationen unter <http://www.meine-sparpumpe-BW.de/home.html>)

Die Landtagsfraktion hat auch einen kleinen Katalog für konkrete Vorschläge und Ideen auf der kommunalen Ebene zusammengestellt, der in einigen Gemeinden allerdings schon in großen Teilen abgearbeitet ist.

Den ganzen Artikel findet ihr in meinem Energie-Sondernewsletter.

Wind säen und Strom ernten

Energiewende unter Grün-Rot: Wie Grün-Rot den Energiemarkt im Land umbaut

Zwischen 2011 und 2012 hat sich der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 19,1 auf 22,5 Prozent erhöht. Das ist noch lange nicht ausreichend, denn unser Ziel bleibt es, bis 2020 den Anteil der Erneuerbaren Energien auf 38 Prozent zu erhöhen: Die größten regenerativen Ausbaupotentiale für Baden-Württemberg liegen bei Wind und Sonne. Da bleibt noch einiges zu tun.

Die Grundlagen für den Windenergieausbau haben wir mit der Änderung der Landesplanungsgesetzes geschaffen, jetzt gilt es bis 2020 den Anteil heimischer Windenergie von 1,2 % auf 10 % unseres Stroms zu steigern.

Dazu haben wir die Genehmigungsverfahren für Windenergie vom Kopf auf die Füße gestellt: Ab sofort gibt es nur noch Vorranggebiete und die bestehenden Regionalpläne mit ihren restriktiven Ausweisungen von Wind-Vorrangflächen wurden aufgehoben. Die Aufstellung neuer Regionalpläne führt derzeit aber noch zu einigen Verzögerungen beim Zubau der Windkraft, diese administrativen Hürden müssen wir nehmen. Auch Fragen des Arten- und Naturschutzes können gerade wir Grünen nicht im Hau-Ruck-Verfahren einfach übergehen.

Den ganzen Artikel findet ihr in meinem Energie-Sondernewsletter.

NSU – Aufklärung in Baden-Württemberg: Wie genau wollen wir hinschauen?

Oder: Die unverständliche Scheu vor einem Untersuchungsausschuss

Nur eine Enquete...

Es wird wohl eine Enquete-Kommission des Landtags zum Rechtsextremismus in Baden-Württemberg geben. Es hätte auch ein Untersuchungsausschuss sein können. Es ist beileibe kein Geheimnis, dass die Grünen Landtagsfraktion in einem Untersuchungsausschuss trotz einiger Probleme ein wesentlich besseres parlamentarisches Instrument gesehen hätte, um die Verflechtungen der Neonaziszene in Baden-Württemberg, die engen Kontakte in die Thüringer Naziszene, die Verstrickungen einzelner Polizeibeamter in rechtsextreme Strukturen, die Waffenaffinität von Rechtsextremisten und die vielfältigen Verwicklungen rund um den Mord an der Polizistin Michele Kiesewetter und den Mordversuch an Ihrem Kollegen A. aufzudecken. Das alles beruht nicht auf Zufall, sondern auf jahrelang gewachsenen persönlichen Kontakten und Verbindungen in der rechtsextremen Szene.

Untersuchungsausschuss ist weder Garantie noch Allheilmittel

Es ist unstrittig, dass ein Untersuchungsausschuss mit verschiedenen Problemen zu kämpfen hätte: Zum einen können viele Fragen zum Mord in Heilbronn wegen des Primats des Generalbundesanwaltes und des laufenden NSU-Prozesses in München nicht oder nicht tiefgehend behandelt werden. Dazu kommen noch mit großer Sicherheit laufende Ermittlungen, die beispielsweise dazu führen werden, dass auch gegen Zeugen aus dem Münchner Prozess noch Anklage erhoben wird. Die Kooperation der Sicherheitsbehörden war in vielen bereits abgeschlossenen Untersuchungsausschüssen beschämend; das gilt für Bayern ebenso wie für den Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, der insbesondere baden-württembergische Sicherheitsbehörden für ihre Verweigerung massiv kritisiert hat. Auch die vielen offenen Fragen in Baden-Württemberg hat der Deutsche Bundestag explizit herausgehoben. Dazu herrscht in der Öffentlichkeit oft ein falsches Bild über die Möglichkeiten eines Untersuchungsausschusses, der oft mehr Fragen aufwirft als er beantworten kann: Ein Untersuchungsausschuss kann nicht ermitteln, sondern nur Akten anfordern (also auf Ermittlungsergebnisse anderer Stellen zurückgreifen) oder Zeugen vernehmen. Eine Enquete oder ein Sonderausschuss können allerdings nicht einmal das.

Ein Blick nach Thüringen lohnt sich

Die rechtlichen Schwierigkeiten für Untersuchungsausschüsse haben die SPD im Bund und in Thüringen, Bayern, und Sachsen allerdings nicht von der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen abgehalten – anders als in Baden-Württemberg. In Thüringen hat die Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses, Dorothea Marx (SPD), sogar angekündigt, die von der Generalbundesanwaltschaft verweigerten Prozessakten des Münchner Verfahrens und andere Akten eben auf „inoffiziellen Wege“ zu beschaffen. Das ist für Baden-Württemberg vor allem deshalb von Interesse, weil die Verbindungen zwischen Thüringen und dem Raum Heilbronn so eng und vielfältig sind, dass es ein großes Interesse auf beiden Seiten gibt, vorhandene Informationen und Erkenntnisse auszutauschen.

Warum die SPD eine Enquete will

Es gab in der SPD mutige und forschende Forderungen, vor allem der Jusos, nach einem Untersuchungsausschuss, allerdings ist eine solche Entscheidung zu Recht den Landtagsfraktionen vorbehalten. Die Befürworter wurden nach einigem Hin und Her auf einen Sonderparteitag zum Rechtsextremismus heruntergehandelt – SPD-Parteitag statt Untersuchungsausschuss. Inwiefern das der Aufklärung und der Öffentlichkeit gedient hat, bleibt offen. Offenbar gab es auch einige Verwirrung in der SPD, denn dem Parteitag wurde ein auf der Fachebene ausgehandelter Vorschlag für einen Einsetzungsbeschluss als Vereinbarung mit der grünen Landtagsfraktion angekündigt: Die grüne Landtagsfraktion hatte zu diesem Zeitpunkt nicht darüber entschieden und ist bis heute offen für einen Untersuchungsausschuss.

Innenminister Gall will keinen Untersuchungsausschuss über CDU-Regierungszeit

Die Erklärungen gegenüber Presse und SPD-Parteitag von SPD-Innenminister Reinhold Gall, warum es keinen Untersuchungsausschuss geben sollte, geben Rätsel auf: Er sei gegen einen neuen Untersuchungsausschuss solange der NSU-Prozess in München andauert, solange sich keine Hinweise ergäben, dass den Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg gravierende Fehler unterlaufen seien und, man höre und staune, er sei gegen einen Untersuchungsausschuss, weil die NSU-Morde in eine Zeit fielen, als Grün-Rot noch nicht im Land regierte.

Wir haben derzeit im Landtag zwei Untersuchungsausschüsse, einen „Untersuchungsausschuss EnBW-Deal“ und einen „Untersuchungsausschuss Schwarzer Donnerstag II“ (zum wohl von Mappus angeleiteten Vorgehen der Polizei gegen Demonstrant_innen im Schlosspark am „Schwarzen Donnerstag“ und den Verschleierungen der Regierung Mappus gegenüber dem „Untersuchungsausschuss Schwarzer Donnerstag I“) – das ist eine Überraschung, untersuchen damit sogar beide derzeit laufenden Untersuchungsausschüsse die Zeit vor der grünroten Regierungszeit. Dazu haben einige SPD-Ministerien in der Woche vor dem Parteitag einen „Aktionsplan gegen Rechts“ präsentiert, dessen Vorbereitung und Inhalt der grünen Landtagsfraktion nicht bekannt waren und sind – wozu es aber noch einer Enquete des Landtags bedarf, wenn die Landesregierung bereits vorher Aktionspläne entwirft?

Einsetzungsantrag der Enquete taugt für einen Untersuchungsausschuss

Als grüne Landtagsfraktion haben unsere Vorstellung für den Untersuchungsauftrag durchsetzen können; es gibt aber noch Verhandlungen mit den anderen im Landtag vertretenen Parteien. Wir wollen keine Verschlankung des Untersuchungsauftrags auf ein paar Handlungsempfehlungen zum Rechtsextremismus ohne Aufarbeitung der Strukturen und Netzwerke, die dem NSU in Baden-Württemberg gedient haben. Wir werden im Rahmen der Enquete aufarbeiten, was möglich ist – daran anschließend wird sich früher oder später mit den Erkenntnissen aus Thüringen und aus dem Münchner Prozess auch in Baden-Württemberg ein NSU-Untersuchungsausschuss.

Praktikumsbericht

Maike Wäscher war vom 10.3. bis zum 4.4. Praktikantin im Stuttgarter Büro

Ich bin Maike Wäscher und studiere seit drei Semestern Politikwissenschaft und Psychologie in Heidelberg. Mein Studium ist also mindestens so spannend wie vage in Bezug auf einen künftigen Berufsweg. Mit dem Motto: es ergibt sich schon irgendwann irgendwas, fahre ich im Moment noch ganz gut. Und die Semesterferien mit Praktika zu füllen ist nicht nur die Vorgabe meiner Prüfungsordnung, sondern in meinem Fall wohl tatsächlich auch ganz sinnvoll. Ein Studium der Politikwissenschaft bedeutet, wie ich beinahe täglich erklären muss nicht unbedingt, dass ich auch Politikerin werden will. Gut, dass ich den täglichen Nachfragen nun noch weniger entgegenzusetzen habe, darf ich doch jetzt „Praktikum beim grünen Landtagsabgeordneten Daniel Lede Abal“ in meinen Lebenslauf schreiben.

Abgesehen davon kann ich ein solches Praktikum nur wärmstens empfehlen! In den vier Wochen habe ich Einblicke in den Berufsalltag eines Abgeordneten erhalten, die Arbeit seiner MitarbeiterInnen miterleben können und die spannenden Aufgaben von Parlamentarischen BeraterInnen kennengelernt. Vor allem letzteres sehe ich nun als eine mögliche Perspektive für mich, denn in diesem Beruf ist es einem möglich sich inhaltlich mit bestimmten Themengebieten auseinanderzusetzen und im besten Fall sogar dabei mitzuhelfen wichtige Gesetzesänderungen durchzusetzen.

Bei Daniel Lede Abal habe ich mich (ca. 4 Monate vor Beginn des Praktikums) aufgrund seines Schwerpunktbereichs beworben: er ist Arbeitskreisvorsitzender des AK Integration und beschäftigt sich damit auch mit Asyl- und Flüchtlingspolitik, ein Themengebiet, das mich besonders interessiert seit ich

für ein Jahr für ein psychosoziales Zentrum für traumatisierte Flüchtlinge gearbeitet habe. Sich nach diesem Kriterium zu bewerben kann ich nur empfehlen, denn während meines Praktikums konnte ich mich dann auch mit solchen Themen auseinandersetzen.

Neben Recherchen, beispielsweise zur Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen, dem Zusammenfassen der gefundenen Informationen und dem Erstellen einer Präsentation über die Grüne Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg, hatte ich auch die Möglichkeit Arbeitskreissitzungen, Ausschüsse und die wöchentliche Fraktionssitzung zu besuchen, konnte Daniel Lede Abal auf einen Wahlkreistermin begleiten und war live im Plenum dabei. Den Alltag eines Arbeitsparlaments kennenzulernen fand ich dabei besonders spannend, da ich zu der gewohnten Außenperspektive über die Medien und mein Studium auch den weniger bekannten und nicht-öffentlichen Teil der Parlamentsarbeit und die innerfraktionelle Auseinandersetzung und Meinungsbildung miterleben konnte.

Ich den vier Wochen hier im Abgeordnetenhaus in Stuttgart habe ich mich sehr wohl gefühlt, die Atmosphäre war sehr freundlich, meine Arbeit abwechslungsreich und frei von typischen Praktikantenaufgaben: Kaffee holen musste ich nur, wenn ich selbst einen trinken wollte, der wurde uns spendiert und über meinen Laptop habe ich ihn dann auch noch ganz alleine geschüttet ...

Übrigens ist eine Bewerbung als Nicht-Grüne/r nicht aussichtslos (ich bin kein Parteimitglied), in der Fraktion gibt es tatsächlich auch MitarbeiterInnen ohne Parteibuch und meiner Erfahrung nach braucht man auch keine Angst davor haben es im Praktikum ausschließlich mit pädophil-veganen-fahrradverrücketen Verbieterern und Verbieterinnen zu tun zu haben – vielleicht sollte man Teilen der CDU-Fraktion auch mal ein Praktikum auferlegen: sie hätten eine gute Zeit!

Termine

Ein Überblick der Grünen Termine im Kreis ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

30. April 19 Uhr Konstantin von Notz MdB bei „Kühn trifft“ zum NSA-Skandal im Kaffee Haag Tübingen; **1. Mai 6.00 Uhr** Freibaderöffnung und Einschwimmen mit der Grünen Fraktion im Freibad Tübingen ; **1. Mai 19.30 Uhr** gezeigt wird der Film „Frohes Schaffen“ danach Häppchen und Gespräch im Mössinger Kino in der Höfgasse; **2. Mai 16 Uhr** „Wir zeigen's euch“ Stadtradeltour zur Kommunalwahl Start am Eugen-Bolz-Platz Rottenburg; **4. Mai 11 Uhr** Exkursion zur Regionalstadtbahn mit Christoph Joachim und Heinrich Schmanns, Treffpunkt am Hauptbahnhof Tübingen, Fahrtkosten etwa 10 Euro, Rückkehr gegen 19.30 Uhr; **6. Mai 17 Uhr** Ortsrundgang der Fraktion in Hirschau mit Ortsvorsteher, Start am Rathaus Hirschau; **6. Mai 20 Uhr** Zukunftsfähige Mobilität in Unterjesingen, Diskussion mit Fachreferenten in der Bahnhofsgaststätte Unterjesingen; **9. Mai 12 Uhr** Politischer Lunch mit Sven Giegold MdB im Neckarmüller Tübingen; **13. Mai 11 Uhr** Cem Özdemir spricht in Tübingen auf dem Holzmarkt; **13. Mai 19.30 Uhr** Jürgen Menzel zu Gast in Rottenburg zum Thema „Stadtwerke – Partner bei der Energiewende“ im Evangelischen Gemeindezentrum; **13. Mai 20 Uhr** Podiumsdiskussion "Gemeinsam sind wir stark" zu Gemeinschaftsschule mit Thomas Poreski, MdL im Rittersaal Kirchentellinsfurt; **14. Mai 18 Uhr** Energiewende Radtour mit Arvid Goletz und Christoph Lederle, Treffpunkt mit Fahrrad am Wasserkraftwerk Brückenstraße in Tübingen; **16. Mai 19.30 Uhr** „Integration in Tübingen“ Diskussionsveranstaltung mit Daniel Lede Abal im Bürgerheim; **16. Mai ab 19 Uhr** Kaffee-Rikscha in der Tübinger Altstadt; **17. Mai 10 Uhr** Durch die Stadt laufen mit Dieter Baumann zu den wichtigsten Bauprojekten der Stadt, Treffpunkt Marktplatz; **18. Mai 18 Uhr** „Wir Klimaschutzmacher“ mit Chris Kühn und Thomas Hartmann in Rottenburg-Seebronn im Buchenweg 12; **20. Mai 19.30 Uhr** „Wessen Freiheit ist gemeint?“ mit Wolfgang Wettach im Bürgerheim Tübingen.

Sonntag 25. Mai Wählen gehen nicht vergessen!



Daniel Lede Abal, MdL

V.i.S.d.P

im Wahlkreisbüro: Nele Schönau

Am Lustnauer Tor 6 • 72074 Tübingen • Tel.: 07071/8895123 • Fax: 07071/8895131 • ledeabal.wk@gruene.landtag-bw.de

im Landtag: Jan Marczona

Konrad-Adenauer-Str.12 • 70173 Stuttgart • Tel.: 0711/2063-652 • Fax: 0711/2063-652 • daniel.ledeabal@gruene.landtag-bw.de

im Netz: www.ledeabal.de